



Kantonsrat

Sitzung vom: 26. Januar 2016, vormittags

Protokoll-Nr. 44

Nr. 44

**Motion Töngi Michael und Mit. über einen Planungsbericht politische Partizipation (M 13). Ablehnung
Postulat Candan Hasan und Mit. über die politische Partizipation im Kanton Luzern (P 25). Ablehnung**

Michael Töngi begründet die am 23. Juni 2015 eröffnete Motion (M 13) über einen Planungsbericht politische Partizipation. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte er an seiner Motion fest.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker die Motion ab. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

„Die politische Partizipation der Stimmberechtigten und breiter Bevölkerungsgruppen ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie. Massnahmen zur Verbesserung der Stimmbeteiligung und auch Untersuchungen über die Wirksamkeit solcher Massnahmen sind daher regelmässig ein Thema auf allen staatspolitischen Ebenen. Die Motion verlangt aufgrund der tiefen Stimmbeteiligung bei den kantonalen Wahlen vom 29. März 2015 einen Planungsbericht mit einer Auslegeordnung über Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation.

Eine tiefe Wahlbeteiligung darf nicht per se nur als Problem angesehen werden. Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass die Hälfte der Nichtwählenden zufrieden ist und ein hohes Vertrauen in das politische System hat. Dadurch wird die häufig kritisierte tiefe Wahlbeteiligung relativiert. Auch wenn die Wahl- und Stimmbeteiligung in letzter Zeit weiter abgenommen haben, so werden heute schon auf allen Ebenen zahlreiche Anstrengungen unternommen, um diesem Trend entgegenzuwirken. Wir verweisen dazu auf unsere Antwort auf das Postulat P 25/2015 von Candan Hasan und Mit. über die politische Partizipation im Kanton Luzern.

Auf Bundesebene sind verschiedene Projekte hängig, welche die Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation untersuchen werden. In einem Pilotprojekt der Bundeskanzlei in Zusammenarbeit mit dem Vorstand der Schweizerischen Staatsschreiberkonferenz soll die Stimmbeteiligung nach soziodemografischen Merkmalen erhoben werden. Diese Untersuchung soll Grundlagen bei weiteren Diskussionen über die unter- beziehungsweise überproportionale Repräsentation gewisser Bevölkerungsgruppen bei Wahlen und Abstimmungen liefern. Zudem hat sich der Bundesrat in Beantwortung des Postulats P 14.3470 von Reynard Mathias bereit erklärt, einen Bericht über Massnahmen der politischen Partizipation zu verfassen. Er hat dabei erklärt, dass die Herabsetzung des Stimmrechtsalters, die politische Bildung und die verschiedenen vom Staat oder von Dritten initiierten Programme zur politischen Sensibilisierung zu den Massnahmen gehören, die genannt würden, wenn es darum gehe, die Teilnahme am politischen Leben zu fördern. Der Bericht soll sich auf bereits gemachte Erfahrungen in diesem Bereich abstützen und untersuchen, ob die genannten Massnahmen die geeigneten Mittel sind, um die politische Beteiligung zu fördern. Es ist geplant, die Kantone für die Ausarbeitung des Berichts in geeigneter Form mit einzubeziehen. Das Postulat P 14.3470 wurde im Parlament noch nicht behandelt. Bis im Sommer 2016 soll

zudem gestützt auf die Postulate P 13.3751 von Aubert Josiane und P 15.4023 von Masshardt Nadine ein Expertenbericht des Eidgenössischen Departementes für Wirtschaft, Bildung und Forschung (WBF) vorliegen. Dieser Bericht wird die Frage beantworten, wie die Bildungsinhalte zur politischen Bildung in den Kantons- und Schullehrplänen der Sekundarstufe II umgesetzt werden. Ausserdem wird der Bericht Auskunft geben über den Stellenwert der politischen Bildung in Politik und Forschung sowie im Vergleich mit anderen Bildungsinhalten. Wir sind der Ansicht, dass vorerst das Ergebnis all dieser Arbeiten abzuwarten ist, bevor auf kantonaler Ebene allenfalls weitere Untersuchungen in die Wege geleitet werden.

Zu beachten ist zudem, dass im Kanton Luzern bereits mehrmals Abklärungen über die Wirksamkeit von Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation getroffen worden sind. Wie im Kinder- und Jugendleitbild vom 2. Juli 2014 festgehalten ist, gehen wir davon aus, dass je früher Kinder und Jugendliche ihrem Alter entsprechend Gelegenheit dazu erhalten, sich aktiv einzubringen, desto eher sie auch als Erwachsene in ihrem Gemeinwesen Verantwortung übernehmen werden. Daher fördern wir in den Gemeinden Projekte mit partizipativen Prozessen. Zudem besteht im Kanton Luzern seit 14. März 2014 ein Jugendparlament, ein wichtiges Instrument zur Förderung der politischen Partizipation. Der Kanton unterstützt dieses bei der Organisation und bei der Durchführung der Jugendsession. Als weitere Massnahmen werden im Kanton unter anderem das Projekt „easyvote“ und die Wahlhilfe-Plattform „Smartvote“ im Zusammenhang mit der Umsetzung von Aktivitäten bei Wahlen und Abstimmungen finanziell und organisatorisch unterstützt. Beide Projekte können das politische Interesse an Wahlen stärken. Zudem bezahlt der Kanton den Gemeinden, die „easyvote“ für ihre Jungen anbieten, einen Betrag von Fr. 1.50 pro Jugendlichen in der Gemeinde.

Wie schon in unserer Antwort auf das Postulat P 728/2010 von Reusser Christina und Mit. über die Erarbeitung eines Grundlagen- und Massnahmenberichtes zur Förderung der politischen Partizipation dargelegt, erachten wir es als eine ständige Aufgabe des Kantons und der Gemeinden, die politische Partizipation der Stimmberechtigten zu fördern und die politischen Parteien in dieser Aufgabe zu unterstützen. Aufgrund der verschiedenen beim Bund hängigen Projekte sehen wir aktuell jedoch keinen Handlungsbedarf, parallel und zusätzlich zu den bereits getroffenen Abklärungen und Unterstützungsmassnahmen wie „easyvote“ im Kanton einen Planungsbericht mit einer Auslegeordnung über die Massnahmen zur Förderung der politischen Partizipation zu verfassen.

Wir beantragen Ihnen deshalb die Abweisung der Motion. Wir werden aber selbstverständlich die Berichte des Bundes, wenn sie vorliegen, prüfen und falls notwendig Massnahmen zur Verbesserung der politischen Partizipation ergreifen.“

Hasan Candan begründet das am 29. Juni 2015 eröffnete Postulat (P 25) über die politische Partizipation im Kanton Luzern. Entgegen dem Antrag des Regierungsrates halte er an seinem Postulat fest.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker das Postulat ab. Die schriftliche Begründung lautet wie folgt:

„Die politische Partizipation der Stimmberechtigten und breiter Bevölkerungsgruppen ist eine Grundvoraussetzung für das Funktionieren unserer Demokratie. Massnahmen zur Verbesserung der Stimmbeteiligung sind daher regelmässig ein Thema auf allen staatspolitischen Ebenen. Nach den Kantonsrats- und Regierungsratswahlen vom 29. März 2015 verlangt auch das Postulat, dass verschiedene solche Massnahmen geprüft werden.

Bei den Kantonsratswahlen 2015 beteiligten sich insgesamt 38,7 Prozent der stimmberechtigten Luzernerinnen und Luzerner, bei den Regierungsratswahlen betrug die Stimmbeteiligung 37,6 Prozent. Damit hat sich der seit Jahren zu beobachtende Rückgang der Stimmbeteiligung

teiligung im Kanton Luzern bei den kantonalen Wahlen weiter fortgesetzt. Im Gegensatz dazu steht die Stimmbeteiligung bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen, 1. Wahlgang vom 18. Oktober 2015. Diese war im Jahr 2015 gleich hoch wie im Jahr 2011, nämlich 50,9 Prozent bei den Nationalratswahlen und 50,3 Prozent bei den Ständeratswahlen. Die höhere Stimmbeteiligung bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen kann darauf zurückzuführen sein, dass diesen Wahlen in den nationalen Medien eine hohe Präsenz zukommt und die Ständeratswahlen von dieser hohen Präsenz in den öffentlichen Diskussionen und aufgrund der Tatsache, dass Kandidierende aus verschiedenen Parteien zur Auswahl standen, profitieren konnten. Insgesamt entsprechen die Stimmbeteiligung im Kanton Luzern und die höhere Stimmbeteiligung bei eidgenössischen Wahlen einem nationalen Trend.

Eine tiefe Wahlbeteiligung darf nicht per se nur als Problem angesehen werden. Untersuchungen haben nämlich gezeigt, dass die Hälfte der Nichtwählenden zufrieden ist und ein hohes Vertrauen in das politische System hat. Dadurch wird die häufig kritisierte tiefe Wahlbeteiligung relativiert. Wie schon in unserer Antwort auf das Postulat P 728/2010 von Reusser Christina und Mit. über die Erarbeitung eines Grundlagen- und Massnahmenberichtes zur Förderung der politischen Partizipation dargelegt, erachten wir es als eine ständige Aufgabe des Kantons und der Gemeinden, die politische Partizipation der Stimmberechtigten zu fördern und die politischen Parteien in dieser Aufgabe zu unterstützen. Wir haben die Anliegen dieses Postulats damals aufgenommen und umgesetzt, so dass Ihr Rat den Vorstoss entsprechend unserem Antrag abschreiben konnte (vgl. Verhandlungen des Kantonsrates 3/2012, S. 873).

Die verschiedenen Anstrengungen zur Förderung der politischen Partizipation von Jugendlichen haben denn auch Wirkung gezeigt. Auffallend bei den vergangenen Wahlen im Kanton Luzern war nämlich, dass die Anzahl der jüngeren Kandidierenden höher war und es mehr Listen von Jungparteien gab als im Jahr 2011. Die Auswertung in der Stadt Luzern bei den Nationalrats- und Ständeratswahlen vom 18. Oktober 2015 zeigt, dass die Wahlbeteiligung bei den 18- bis 19-Jährigen bei beachtlichen 46,19 Prozent und bei den 20- bis 29-Jährigen sogar bei 53 Prozent lag. Dies entspricht einem deutlichen Anstieg der Stimmbeteiligung der jüngeren Stimmberechtigten in der Stadt Luzern gegenüber den Wahlen 2011. Unter den Jungen gab es kaum Unterschiede bei der Stimmbeteiligung der Frauen und der Männer. Die 30- bis 39-jährigen Stimmberechtigten in der Stadt Luzern machten am seltensten von ihrem Wahlrecht Gebrauch (41,45 Prozent), die 70- bis 79-Jährigen (57,27 Prozent) hingegen am häufigsten.

Die Stadt Luzern erklärt sich die gegenüber anderen Wahljahren höhere Stimmbeteiligung der unter 30-Jährigen damit, dass die Organisation „easyvote“, die vom Dachverband der Schweizer Jugendparlamente begleitet wird, seit einigen Jahren in der Stadt Luzern sehr aktiv ist: Wahl- und Abstimmungsbroschüren von „easyvote“ werden an alle Jugendlichen zwischen 18 und 25 Jahren gesandt. Vor den Wahlen vom 18. Oktober 2015 wurden zahlreiche Politalks an Schulen und ein Event am Jugendwahltag durchgeführt. Zudem suchte die Kampagne „VoteNow 2015“ 1000 Vote-Heroes, die in ihrem Umfeld Freunde motivieren, ihr Stimmrecht auszuüben. Einen Einfluss gehabt haben dürfte auch, dass mehr junge Kandidierende angetreten sind als vor vier Jahren.

Im Kanton Luzern werden bereits heute verschiedene Massnahmen getroffen, um die Stimmbeteiligung zu verbessern. Wir gehen, wie im Kinder- und Jugendleitbild vom 2. Juli 2014 festgehalten, davon aus, dass je früher Kinder und Jugendliche ihrem Alter entsprechend Gelegenheit dazu erhalten, sich aktiv einzubringen, desto eher sie auch als Erwachsene in ihrem Gemeinwesen Verantwortung übernehmen werden. Daher fördern wir in den Gemeinden Projekte mit partizipativen Prozessen. Zudem besteht im Kanton Luzern seit 14. März 2014 ein Jugendparlament, ein wichtiges Instrument zur Förderung der politischen Partizipation. Der Kanton unterstützt dieses bei der Organisation und bei der Durchführung der Jugendsession. Als weitere Massnahme werden unter anderem das vorgenannte Projekt „easyvote“ und die Wahlhilfe-Plattform „Smartvote“ mit einem Betrag von Fr. 2'000.-- zur Um-

setzung der Aktivitäten im Zusammenhang mit den Wahlen und Abstimmungen unterstützt. Zudem bezahlt der Kanton den Gemeinden, die „easyvote“ für ihre Jungen anbieten, einen Betrag von Fr. 1.50 pro Jugendlichen in der Gemeinde. Die Prüfung der Einführung von interaktiven Wahlplattformen oder Diskussionsforen, wie sie das Postulat anregt, werden bereits heute von verschiedenen privaten Organisationen betrieben. Zudem hat der Kanton bei den diesjährigen Wahlen regelmässig Twitter- und Facebook-Beiträge aufgeschaltet. Die elektronische Stimmabgabe ist zurzeit im Kanton Luzern nur für die Auslandschweizer/innen zugelassen. Eine Ausdehnung auf die Inlandschweizer/innen wurde aus Kostengründen zeitlich verschoben. Auffallend ist, dass in den Kantonen, welche die elektronische Wahlmöglichkeit auch für die Inlandschweizer/innen kennen, dieses Angebot auf wenig Resonanz gestossen ist und sich nur 10 Prozent dafür entschieden haben. Eine vermehrte politische Bildung ist aus unserer Sicht nicht notwendig. Wie schon im Postulat P 728/2010 Reusser Christina und Mit. festgehalten worden ist, ist die politische Bildung sowohl an den Volks- als auch an den Kantonsschulen ein fester Bestandteil der Lehrpläne. Ein Bonus- oder Malus-System lehnen wir ab, wie wir bereits in der Beantwortung von früheren Vorstössen ausgeführt haben. Die demokratische Mitwirkung der Stimmberechtigten soll primär ein Recht und nicht eine Pflicht sein. Die Nichtwahrnehmung dieses Rechts soll deshalb auch nicht sanktioniert werden.

Um die politische Partizipation der Stimmberechtigten zu fördern, wurden denn auch – wie ausgeführt – bereits verschiedene Anstrengungen unternommen. In erster Linie ist es jedoch Aufgabe der Parteien, durch ihre Informationen gegenüber den Stimmberechtigten und durch die Auswahl der Kandidierenden für Wahlen das Interesse der Stimmberechtigten an Abstimmungen und Wahlen zu wecken. Weitere als die bereits wahrgenommenen Massnahmen braucht es aktuell nicht. Zudem erachten wir es für sinnvoll, vorerst die Ergebnisse der vom Bund in Aussicht gestellten Berichte zur Förderung der politischen Partizipation abzuwarten, bevor weitere Massnahmen lanciert werden. Wir verweisen dazu auf unsere Antwort zur Motion M 13/2015 von Töngi Michael und Mit. über einen Planungsbericht politische Partizipation. Ob zudem jede neue Massnahme wirklich dazu geeignet ist, die Stimmberechtigten an der politischen Willensbildung und Entscheidungsfindung aktiv zu beteiligen und die politische Partizipation zu stärken, ist oftmals umstritten.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragen wir Ihnen die Ablehnung des Postulats.“

Michael Töngi sagt, im Frühling habe ein spannender Wahlkampf stattgefunden. Die Stimmbeteiligung sei trotzdem weit unter 40 Prozent gelegen. In der Schweiz herrsche keine Wahlpflicht. Die Demokratie lebe aber von der Beteiligung durch eine breite Bevölkerungsschicht. Auf dieses austarierte System mit Abstimmungen und Wahlen könne man stolz sein. Trotzdem müsse es einem zu denken geben, wenn dieses System nur noch von einer Minderheit in Anspruch genommen werde. Die Regierung schreibe, dass die Hälfte der Nichtwählenden zufrieden sei. Was sei aber mit der anderen Hälfte, die anscheinend nicht zufrieden sei? Was hätte es für das politische System zur Folge, wenn auch die Unzufriedenen abstimmen würden? Der Rat habe bereits mehrmals über einzelne Massnahmen diskutiert, so sei etwa das Kinder- und Jugendparlament eingeführt worden. In der Motion beziehe sich die Grüne Fraktion aber nicht nur auf die Stimmbeteiligung anlässlich der Wahlen im Frühling, sondern es gehe auch um die schlechte Beteiligung an den Gemeindeversammlungen. Es werde zudem immer schwieriger, Personen zu finden, die sich in Vereinen engagieren würden. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, über Massnahmen zu diskutieren; so habe Hasan Candan ein entsprechendes Postulat eingereicht. Die Grüne Fraktion finde, zuerst müsste eine Grundlage geschaffen und nicht nur über einzelne Massnahmen diskutiert werden. Das Parlament sollte sich anlässlich eines Planungsberichtes die Zeit nehmen, um bereits diskutierte oder neue Ideen zu suchen oder Vergleiche mit anderen Kantonen oder gar dem Ausland zu ziehen. Man sollte unserer Demokratie diese Wertschätzung zugestehen. Er bitte deshalb den Rat, sowohl seine Motion wie auch das Postulat von Hasan Candan zu unterstützen. Hasan Candan sagt, er finde es erschreckend, dass die Wahlbeteiligung derart gesunken sei. In den 90er-Jahren sei die Stimmbeteiligung bei kantonalen Wahlen bei 52 Prozent gelegen, dies entspreche dem Durchschnitt bei eidgenössischen Wahlen seit den 70er-Jahren.

Nun stecke die kantonale Partizipation in einer Krise. Im Jahr 2003 sei die Stimmbeteiligung auf 43 Prozent gesunken, heute liege sie noch bei 39 Prozent. Die Regierung finde, es brauche keine vermehrte politische Bildung, die tiefe Wahlbeteiligung stelle kein Problem dar. Er sei komplett anderer Meinung. Die Demokratie und die Partizipationsmöglichkeiten seien die Grundpfeiler der Schweiz, ihrer Gesellschaft sowie der Kantone und Gemeinden. Es stünden alle in der Verantwortung, damit das Parlament durch die Bevölkerung legitimiert werde. Die Parteien hätten deshalb die Verantwortung, die Bevölkerung zum Mitmachen in der Politik zu motivieren. Aber auch der Bund, die Kantone und die Gemeinden müssten diese Verantwortung wahrnehmen. Die Regierung argumentiere, dass man sich auf dem richtigen Weg befinde, denn seit der Gründung des Kinder- und Jugendparlaments hätte die Beteiligung zugenommen. Er komme zu einem anderen Schluss. Die Beteiligung an nationalen Wahlen sei höher, weil der Bund mehr dafür tue als der Kanton. Der Kanton müsse Schritt halten mit den neuen digitalen Medien wie Google und Facebook. Deshalb müssten auch neue Möglichkeiten aufgezeigt werden, damit die Bevölkerung wieder an der Politik partizipiere. Deshalb bitte er den Rat, sowohl sein Postulat wie auch die Motion von Michael Töngi zu überweisen. Es gehe ihm nicht um die einzelnen Vorschläge, die er eingereicht habe, sondern es sollte eine Diskussion stattfinden. Der Kanton solle nicht die in Bern zu diesem Thema eingereichten Vorstösse abwarten. Dort werde etwa gefordert, das Stimmrechtsalter auf 16 Jahre zu senken, was aber kaum durchkommen werde. Er finde es gut, dass die Regierung mit Twitter- und Facebook-Beiträgen neue Wege beschreite, aber das reiche leider noch nicht aus. Thomas Schärli lehnt sowohl die Motion M 13 wie auch das Postulat P 25 im Namen der SVP-Fraktion ab. Nur weil man Wähleranteile verliere, bedeute das noch nicht, dass das politische System nicht funktioniere. Eine tiefe Wahlbeteiligung dürfe nicht per se nur als Problem angeschaut werden. Die meisten Nichtwähler seien zufrieden mit dem politischen System und schenken ihm ihr volles Vertrauen. In der heutigen Zeit würden alle Vereine und Parteien mit Nachwuchsproblemen kämpfen. Dabei handle es sich um eine Zeiterscheinung, die man nicht einfach in einem Planungsbericht festhalten könne. In erster Linie seien die Parteien dafür verantwortlich, den Stimmberechtigten interessante Informationen zu vermitteln. Dadurch könne das Interesse der Wählerschaft geweckt werden. Aufgrund der verschiedenen beim Bund hängigen Projekte zur politischen Partizipation bestehe kein paralleler Handlungsbedarf.

Irene Keller lehnt die beiden Vorstösse im Namen der FDP-Fraktion ab. Der Anteil der politischen Partizipation, etwa die Teilnahme an Abstimmungen oder Gemeindeversammlungen, sei nicht überwältigend. Die Bemühungen, diese Teilnahme wieder zu verstärken, dürften deshalb nicht nachlassen. Man dürfe sich nicht hinter der Tatsache verstecken, dass ein Teil der Nichtwähler dies aus Gründen der Zufriedenheit tue. Trotz dieser Einschätzung lehne die FDP einerseits die Forderung nach einem Planungsbericht, wie dies die Motion von Michael Töngi verlange, andererseits auch die Überprüfung diverser Massnahmen wie im Postulat von Hasan Candan gefordert klar ab. Bei der schlechten Stimmbeteiligung handle es sich um ein nationales Problem. Auf nationaler Ebene sei das Problem erkannt. Daher würden auf Bundesebene mit Vorstössen, Berichten und Analysen Fragen zur politischen Partizipation geklärt. Beim geforderten Planungsbericht handle es sich um eine Doppelspurigkeit, aus Effizienzgründen wolle die FDP darauf verzichten. Der Regierungsrat habe klar aufgezeigt, dass auf kantonaler Ebene bereits einiges unternommen worden sei, vor allem bei den Jugendlichen. Die politische Bildung sei nicht nur Sache des Staates und der schulischen Bildung. Sie erinnere an das Sprichwort „Zu Hause soll beginnen, was leuchten soll im Vaterland“. Die FDP appelliere deshalb an die Eigenverantwortung von allen, sei es in der Familie oder in allen Facetten der Gesellschaft.

Roger Zurbriggen lehnt im Namen der CVP-Fraktion sowohl die Motion M 13 wie auch das Postulat P 25 ab. Beide Vorstösse seien durch die tiefe Wahlbeteiligung im Kanton Luzern im letzten Jahr entstanden. Bei der tiefen Wahlbeteiligung handle es sich um einen Trend, der eine stetig abnehmende Partizipation an zivilgesellschaftlichen Formen betreffe. Der anhaltende Mitgliederschwund in Vereinen und gesellschaftlichen Institutionen, die auf die freiwillige Mitwirkung von Milizionären angewiesen seien, spitze sich zu und fordere auch die Politik heraus, Massnahmen zu ergreifen. Der Regierungsrat habe diese Problematik schon länger erkannt. Er erachte diese Thematik als Daueraufgabe und habe bereits verschiedene Massnahmen in die Wege geleitet. Anstatt dass der Kanton selber eine systematische Auslegung und einen Massnahmenkatalog ausarbeite, wolle er die Resultate ähnlicher Projekte auf Bundesebene abwarten. Diese Resultate wolle der Regierungsrat prüfen und allenfalls

weitere Massnahmen ergreifen. Die CVP erachte dieses Vorgehen als sinnvoll, weil davon auszugehen sei, dass die Ursachen für eine tiefe politische Partizipation im Kanton die gleichen seien wie gesamtschweizerisch.

Claudia Huser lehnt die beiden Vorstösse im Namen der GLP-Fraktion ab. Die tiefe Stimmbeteiligung im letzten Jahr sei ein Alarmzeichen für unsere Demokratie. Dieses Desinteresse dürfe uns nicht gleichgültig sein. Die Regierung mache es sich etwas einfach mit dem Hinweis, wonach dieses Desinteresse zu relativieren sei, weil die meisten Nichtwähler mit dem politischen System zufrieden seien. Die GLP könne diese Meinung nicht teilen, stimme aber insofern mit der Meinung des Regierungsrates überein, dass im Kanton schon einiges dagegen unternommen worden sei. Diese Bemühungen seien weiterhin wichtig. Mit der Einführung des Kinder- und Jugendparlaments auf kommunaler Ebene und mit der Unterstützung von „easyvote“ würden wichtige Massnahmen zur Förderung der aktiven Teilnahme der Bevölkerung gemacht. Ein Planungsbericht, wie in der Motion M 13 gefordert, sei zum jetzigen Zeitpunkt nicht notwendig. Man solle die hängigen Vorstösse auf nationaler Ebene abwarten. Mit der Umsetzung des Kinder- und Jugendleitbildes befinde sich der Kanton zudem auf dem richtigen Weg. Das Postulat P 25 liefere inhaltlich spannende Ansätze und Ideen. Aufgrund der finanziellen Lage des Kantons Luzern könnten diese aber nicht umgesetzt werden.

Im Namen des Regierungsrates lehnt Justiz- und Sicherheitsdirektor Paul Winiker sowohl die Motion M 13 als auch das Postulat P 25 ab. Selbstverständlich sei eine hohe Partizipation wichtig für die Demokratie. Es seien bereits viele Anstrengungen in diese Richtung gemacht worden, zum Beispiel die elektronische Wahlabgabe für Auslandschweizer. Nun warte man aber die Ergebnisse der verschiedenen Vorstösse auf Bundesebene ab. Aufgrund dieser Resultate könne der Kanton entscheiden, welche Massnahmen er ergreifen wolle und könne. Letztendlich erlaube aber die Demokratie auch die Möglichkeit, sich nicht zu äussern. Deshalb schwanke die Stimmbeteiligung je nach Thema auch entsprechend. In der Schweiz sei es sehr einfach, an Abstimmungen oder Wahlen teilzunehmen. Er kenne diesbezüglich kein vergleichbares Land. Trotzdem sinke die Teilnahme tendenziell.

Der Rat lehnt die Motion M 13 von Michael Töngi mit 86 zu 19 Stimmen ab.

Der Rat lehnt das Postulat P 25 von Hasan Candan mit 84 zu 20 Stimmen ab.